

WB **Stammtisch** Brigitte Wolf und Philippe Nantermod über die «Grüne Wirtschaft»-Initiative

Schaffen wir das?



Andere Ansätze. Für Brigitte Wolf von den Grünen braucht es den Druck der Politik, Philippe Nantermod und die FDP vertrauen auf den freien Markt.

FOTOS WB

WALLIS/SCHWEIZ | Den Ressourcenverbrauch in der Schweiz bis ins Jahr 2050 massiv reduzieren? Mit technischem Fortschritt sei dies möglich, so Brigitte Wolf von den Grünen. FDP-Politiker Philippe Nantermod widerspricht: Innovation werde nicht durch neue Gesetze gefördert.

DAVID BINER

Es gibt kaum einen Politiker, der die Stossrichtung der Vorlage im Grundsatz nicht gutheisst. «Unser Ziel ist es ja nicht, die Umwelt zu zerstören», so Nantermod. Für den Walliser FDP-Nationalrat ist aber klar: Mit staatlichem Zwang werde die Wirtschaft nicht «grüner». Im Gegenteil. Die Einhaltung der steilen Zielvorgabe – der Ressourcenverbrauch müsste bis 2050 um 65 Prozent sinken – würde sich negativ auf die Wirtschaft, aber auch auf die

Lebensqualität der Bürger auswirken. Um umweltfreundlicher zu wirtschaften, müsse die Schweiz vor allem eins: «Wettbewerbsfähig bleiben. Innovative Unternehmen brauchen dazu mehr Freiheiten, nicht mehr Gesetze.»

Brigitte Wolf widerspricht. Um die Zielsetzung zu erreichen, so die Präsidentin der Oberwalliser Grünen, dürfe man nicht vom heutigen Stand ausgehen. Neue Technologien und Innovationen würden bis 2050 mithelfen, den Verbrauch zu reduzieren. «Denken Sie 34 Jahre zurück.» Damals

«Wenn nicht jetzt, wann dann? In ein paar Jahren müssten wir ohnehin darauf einschwenken»

Brigitte Wolf, Grüne Oberwallis

habe es noch keine Handys gegeben und die Computertechnologie stand in den Kinderschuhen.

Braucht es politischen Druck?

Im gleichen Tempo könne sich in den kommenden 34 Jahren etwa auch der Cleantechbereich oder die ganze Gebäudetechnik entwickeln. «Die Zielvorgabe löst Innovationen aus.» Die Initianten würden es sich zu einfach machen, so Nantermod, indem sie sich zu langfristige Ziele stecken. Man müsse heute dafür sorgen, ideale Rahmen-

«Schreiben wir die «Grüne Wirtschaft» in die Verfassung, muss hier jeder seinen Lebensstil ändern»

Philippe Nantermod, FDP

bedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Die geplante Verfassungsänderung würde aber genau das Gegenteil erreichen. «Wir sind Weltmeister in der Innovation, im Pharmabereich zum Beispiel – das rührt aber nicht von solchen Initiativen her.»

Nantermod verweist auf den Bereich der Mobilität und nennt dabei das Beispiel des US-amerikanischen Elektroauto-Herstellers Tesla. «Was brauchen die? Einen freien Markt und Geld.» Wolf hält mit der CO₂-Regelung für neue Autos dagegen. Hier hätte es auch zuerst den politischen Druck gebraucht, um die Autoindustrie zum Umdenken zu bewegen.

Auch für Kühlschränke gäbe es bereits Grenzwerte. Es sei also nicht so, dass am Anfang die Innovation steht und der Gesetzgeber erst dann reagiert. Es gehe auch umgekehrt. Und zum zeitlichen Fahrplan der «Grünen Wirtschaft» meint Wolf: «Wenn nicht

jetzt, wann dann?» Wenn man die globalen Entwicklungen beobachte – Stichwort: internationale Klimaschutz-Vereinbarung von Paris –, sei es besser, jetzt die Weichen für die Zukunft zu stellen. «In ein paar Jahren müssten wir ohnehin darauf einschwenken.» Auch Nantermod anerkennt die Bemühungen weltweit, glaubt aber nicht daran, dass sich alle Länder dann auch an die Vereinbarungen halten. «Schreiben wir die «Grüne Wirtschaft» in die Verfassung, muss hier jeder seinen Lebensstil ändern.» Dank den neuen Technologien würden wir künftig kaum schlechter leben, ist Wolf überzeugt. «Aber ganz ohne Anpassungen geht es natürlich nicht.»

Kommentieren Sie auf

1815

UNESCO-Jahrestagung | Podiumsteilnehmer waren sich einig:

«Es gibt keine Energiewende»

BRIG-GLIS | Ende vergangener Woche tagten die UNESCO-assozierten Schulen im Kollegium Spiritus Sanctus. Schwerpunktthemen: Nachhaltigkeit, Klimawandel und die Energiewende.

Dass es bei diesen breit abgesteckten Themenfeldern schwierig sein dürfte, die Debatten zuzuspitzen, zeigte sich bereits nach dem Input-Referat von Carlo Ossola, der beim Bundesamt für Umwelt unter anderem für das UNESCO-Welterbe zuständig ist. Schüler und Lehrer der angereisten Delegationen hakten bei der offenen Fragestunde nach, wollten wissen, wie die gesteckten Ziele zu erreichen sind. Die Unsicherheit der Tagungsteilnehmer spiegelte verschiedene Grundsatzfragen wider: Was soll die Weltgemeinschaft unternehmen, um die Herausforderungen zu meistern, zumal Klima-Phänomene keine Landesgrenzen kennen? Wie soll man sich organisieren, wie die universell geltend gemachten Ansprüche auch durchsetzen? Wo soll man anfangen und was kann jeder

selbst in seinem Alltag oder seinem Umfeld unternehmen?

Fünf Jahre nach Fukushima

Patentlösungen gibt es freilich nicht. Das wurde auch beim anschliessenden Podiumsgespräch deutlich, an dem Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik, der Bundesverwaltung sowie der Umweltverbände teilnahmen. So sprach zum Beispiel Catherine Martinson, Geschäftsleitungsmitglied des WWF Schweiz, über den inneren Zwist der Umweltverbände, wenn es darum geht, Anlagen zur Förderung erneuerbarer Energien, wie etwa Windpärke, in unberührten Landschaften zu bauen. Der Landschaftschutz oder der Schutz von seltenen Tierarten versus einer umweltfreundlichen Energieproduktion – eine nicht immer einfache Güterabwägung. Auch Gerhard Pfister kennt Gegensätze: Als Präsident der CVP weiss er, was es heisst, die verschiedenen Strömungen an Meinungen und Interessen in die Entscheidungsfindung miteinzubeziehen. So sieht er in der Nuklearkatastrophe von Fuku-

shima rückblickend das externe Ereignis, das die Umwelt- und vor allem die Energiepolitik weltweit, besonders auch in der Schweiz, endgültig «gekippt» hatte. Dies zeigte sich Anfang dieser Woche bei der Nationalratsdebatte über die Energiestrategie, wo sie nach dreijährigen Verhandlungen auf die Zielgerade gebracht worden ist.

Eine entscheidende Rolle dabei spielt der Briger Pascal Previdoli. Als stellvertretender Chef des Bundesamtes für Ener-

gie gab er am Podiumsgespräch Einblicke in die Arbeit der Bundesverwaltung und zeigte auf, was es alles braucht, damit die besagte Energiewende nun mehrheitsfähig scheint. Wobei Energiewende eigentlich das falsche Wort sei, waren sich alle einig. Vielmehr sei es ein kontinuierlicher Entscheidungsfindungsprozess, der am Schluss die Versorgungssicherheit der Schweiz mit der notwendigen Wirtschaftlichkeit vereinbaren soll. Für Previdoli ein entscheidender Punkt: Die erneuerba-

ren Energien und damit einhergehende Technologien seien in China dabei, «Big Business» zu werden. Einen staatlichen Zwang, wie dies die Initiative «Grüne Wirtschaft» verlangt, hält er nicht für zielführend, liess Previdoli durchblicken. Medard Heynen seinerseits äusserte sich nicht explizit zur Initiative der Grünen. Für den Geschäftsleiter der BKW Wallis ist aber ebenfalls klar, dass die Bedürfnisse am Markt entscheiden werden, in welche Richtung sich die Strombranche ent-

wickeln wird. Um so flexibel wie möglich aufgestellt sein zu können, brauche die Wirtschaft sichere Rahmenbedingungen und klare Signale seitens Politik. Diese wird das Parlament bei der Verabschiedung des ersten Massnahmenpaketes zur Energiestrategie wohl schon bald geben. Nach dem Podiumsgespräch gab es übrigens auch klare Zeichen der Schüler. Die angeregten Voten zeigten sehr wohl, dass sich die junge Generation um ihre Zukunft Gedanken macht. | wb



Auslegeordnung. Pascal Previdoli vom Bundesamt für Energie, WB-Redaktor David Biner (Moderation), BKW-Wallis-Geschäftsleiter Medard Heynen, Catherine Martinson vom WWF und CVP-Präsident Gerhard Pfister (von links).

FOTO INGEMAR IMBODEN